

Information für Presse

Funk und Fernsehen vom 18.01.2019

EU-Agrarpolitik nach 2020 darf den Strukturwandel nicht noch weiter beschleunigen

Pressekonferenz des DBB anlässlich der Grünen Woche 2019

Der Deutsche Bauernbund, als Interessensvertretung der bäuerlichen Familienbetriebe in den neuen Bundesländern, warnt davor, mit der EU-Agrarpolitik nach 2020 das Höfesterben noch weiter zu beschleunigen und damit industrialisierten Großbetrieben, oft in Hand außerlandwirtschaftlicher Kapitalanleger, die Türen zu öffnen.

„Nach den Ertragsausfällen durch die Dürre im Jahr 2018 stehen viele landwirtschaftliche Betriebe auch in den neuen Bundesländern vor existenziellen Fragen.

Die vom Bund und den Ländern gezahlte Dürrehilfe hat die erheblichen Gewinneinbrüche nur zum Teil ausgeglichen, aber oft das Schlimmste verhindert. Die Betriebe werden einige Jahre brauchen, um ihre wirtschaftliche Situation zu stabilisieren, vor allem auch bedingt dadurch, weil eine insgesamt suboptimale Agrarpolitik der letzten Jahre die wirtschaftliche und soziale Situation es den Betrieben nicht ermöglicht, Rücklagen zu bilden.

Sollten die Vorstellungen der EU-Kommission Realität werden, kommt es alternativlos zu weiteren strukturellen Brüchen.

Es besteht die große Gefahr, dass bei der weiteren Reduzierung der EU-Direktzahlungen die Betriebe nicht mehr in der Lage sind, ihre Verluste aufzuarbeiten.

Um die Agrarstruktur in den neuen Ländern zu stabilisieren und flächendeckend leistungsfähigen bäuerlichen Familienbetrieben eine Perspektive zu geben, ist das jetzige Beihilfesystem an die realen Gegebenheiten anzupassen.

Die jetzt in der Diskussion stehende Kürzung der Beihilfen um 5 % reizt die Schmerzgrenze völlig aus. Der geplante Wegfall der Einzelbetrachtungen im Rahmen der sog. Greeningmaßnahmen darf aber nicht dazu führen, dass der seinerzeit aus den Grundprämien abgezweigte Greeninganteil jetzt dem Rotstift zum Opfer fällt.

Wenn sich die Greeningauflagen jetzt in der 1. Säule als Umweltleistungen wiederfinden sollen, muss natürlich auch der finanzielle Anteil der 1. Säule wieder zugeschlagen werden.

Der Kommissionsvorschlag zur Kappung der Beihilfen bei gleichzeitiger Gegenrechnung der Lohnkosten geht ins Leere und führt bei fachlich korrekter Analyse der Situation der landwirtschaftsbetriebe der neuen Länder dazu, dass ein Großteil der Betriebe zusätzlich in ernste wirtschaftliche Zwänge kommen wird.

„Man kann es drehen und wenden wie man will, betrachtet man die wirtschaftlichen Analysen nüchtern mit sachlichem Auge, ist die Agrarstruktur nur durch eine flächenabhängige Beihilfenreduzierung aufrecht zu erhalten.

Unter der Annahme, dass die Beihilfe 2019 260 €/ha beträgt, schlägt der Deutsche Bauernbund ein Einsetzen der Degression bei 150.000 € und einer Kappung ab 270.000 € vor.

Die Degression setzte damit bei 570 ha ein und ab ca. 1.030 ha würde keine Flächenbeihilfe mehr geleistet“, so Präsident Klamroth abschließend.

„Von einigen Verbänden und Politikern wird die Forderung aufgemacht, Direktzahlungen nur noch für öffentliche Leistungen zu zahlen. Dabei darf aber die soziale Frage nicht vergessen werden. Eine bäuerliche Agrarstruktur ist die Voraussetzung für kulturelle Vielfalt im ländlichen Raum und eine Voraussetzung für einem sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen in der Generationenverpflichtung. Darum muss in dem von der EU-Kommission vorgeschlagenen 2 Säulen-Modell die Einkommenskomponente in der 1. Säule nicht vernachlässigt werde, eine ausschließliche Koppelung an Umwelt- und Tierschutzauflagen lehnen wir ab,“ so der Präsident des Bauernbundes Sachsen-Anhalt Jochen Dettmer.

„Wir dürfen nicht vergessen, dass das Einkommen der Landwirtschaft aus dem Verkauf seiner Produkte kommen muss. Darum gilt es die Marktstellung der Landwirte zu verbessern und mehr Wertschöpfung zu generieren. Dieser Aufgabe stellt sich z.B. die Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt, wie auch die Einrichtungen in anderen Bundesländern. Auch das gehört zur EU-Agrarpolitik nach 2020,“ so der Geschäftsführer der Agrarmarketinggesellschaft Sachsen-Anhalt Jörg Bühnemann.

| | | |
|-------------|-------------------------------------|------------------------|
| V.i.S.d.P.: | Kurt-Henning Klamroth, Westerhausen | Tel.: 0170 - 99 61 670 |
| | Annekatriin Valverde; Quedlinburg | Tel: 0173 - 438 25 35 |
| | Jochen Dettmer, Belsdorf | Tel: 0172 - 81 26 337 |